



Galgen auf Pegida-Demonstration in Dresden: Die Temperatur steigt

„Deutschland erwache!“

Extremismus Der Hass auf Politiker nimmt dramatische Formen an. Morddrohungen sind nicht selten, es entsteht eine Verrohung, die demokratiegefährdend ist. Die Behörden sind überfordert.

Neulich wollte ein deutscher Bürger Claudia Roth sprechen. Es war 4:59 Uhr in der Nacht, als er zum Hörer griff und die Nummer ihres Büros wählte. Er ahnte wohl, dass um diese Zeit niemand rangehen würde, aber er ahnte wohl auch, dass es einen Anrufbeantworter gibt — und dass seine Nachrichten die Richtige erreichen würden. Mehr als 20-mal sprach der Mann in dieser Nacht aufs Band. „Du blöde Möse“, sagte er, „du Warzenschwein“, „du bist zu dumm zum Scheißen“. Am frühen Morgen gab er auf.

Roth ist seit über 30 Jahren in der Politik, sie war Vorsitzende ihrer Partei, jetzt ist sie Vizepräsidentin des Bundestags. Sie war schon häufig Ziel von Spott und Anfeindungen, aber was in letzter Zeit vor sich geht, hat auch sie noch nicht erlebt. Neben dem Holztisch in ihrem Bundestagsbüro steht jetzt ihre Mitarbeiterin, sie hält einen Zettel in der Hand, darauf die

Abschrift der Anrufe aus jener Nacht. Roth würde sie gern sehen, aber die Mitarbeiterin hält die Blätter fest. „90 Prozent der Sachen erzählen wir dir lieber gar nicht, Claudia“, sagt Roths Büroleiterin.

„90 Prozent?“, ruft Roth. „Ich fass es nicht!“

Was sie weiß, genügt eigentlich. Sie weiß, dass Lutz Bachmann öffentlich sagte, jemand wie Claudia Roth solle standrechtlich erschossen werden. Roth wurde „Türkenflittchen“ genannt, „dumme Fotze“. Sie sitzt an ihrem Holztisch und sagt, dass sie eigentlich klarkomme mit dieser neuen Dimension des Hasses. Immer häufiger aber fragt sie sich, wenn sie Bürger trifft: „Sieht der mich nun gerade auch nur als Türkenflittchen?“ Manchmal schließt sie die Tür in ihrem Zimmer, setzt sich und denkt: „Es kommt immer näher.“

Wohin die Verschärfung des gesellschaftlichen Klimas führen kann, die Verrohung

des Umgangs, die Radikalisierung des politischen Diskurses, das wurde vor einer Woche im nordenglischen Birstall sichtbar. Auf offener Straße tötete ein Mann die 41-jährige Labour-Abgeordnete Jo Cox mit Messerstichen und Schüssen. Cox' Mörder hatten ihre politischen Überzeugungen nicht gepasst, ihr Werben für Humanität gegenüber Flüchtlingen, ihr Kampf gegen den Brexit. „Britain first!“, brüllte der Mann, als er auf Cox schoss.

Man muss kein Schwarzmalerei sein, um sich in diesen Tagen Sorgen um die Demokratie zu machen — nicht nur in Großbritannien. In der Weimarer Republik jedenfalls, dem ersten demokratischen Experiment in Deutschland, gehörte ungezügelter Hass auf politisch Andersdenkende ebenso zum Alltag wie die Einschüchterung von Politikern und Morde an Amtsträgern. Es dauerte nicht lange, dann hatte dieser Hass auch die Demokratie getötet.

Selbst ein besonnener Denker wie der konservative Historiker Paul Nolte diagnostiziert inzwischen eine „quasirevolutionäre“ Unruhe im Deutschland der Gegenwart.

Die drastische Zunahme von Hass und Gewalt gegenüber Politikern in den vergangenen Monaten ist Teil dieses Erosionsprozesses. Der Hass trifft nicht nur Bundeskanzlerin Angela Merkel, die wegen ihrer anfänglich liberalen Flüchtlingspolitik zum Hauptfeind der selbst ernannten „besorgten Bürger“ wurde. Er trifft Bundestagsabgeordnete wie Lokalpolitiker, Bezahlte wie Ehrenamtliche, Linke wie Rechte.

So hat das Klima der Republik eine Temperatur erreicht, die Schlimmeres befürchten lässt. Noch hat es in der Bundesrepublik keinen politischen Mord wie in England gegeben. Aber die Versuche waren da, etwa in Köln, wo ein rechtsradikaler Täter die heutige Oberbürgermeisterin Henriette Reker mit einem Messer töten wollte und sie schwer verletzte.

Das Bundeskriminalamt (BKA) hat in einem internen Bericht kürzlich erstmals ausgewertet, wie oft es im Zusammenhang mit der Flüchtlingsdebatte zu Straftaten gegen „Amts- und Mandatsträger“ kommt. Für das erste Vierteljahr 2016 zählte man 115 Taten — mehr als eine pro Tag. Stand Ende Juni waren es 202. Volksverhetzung. Sachbeschädigung. Nötigung. Es stehe zu befürchten, dass die rechte Szene ihre Agitation gegen Politiker „weiter intensiviert“, schreibt das BKA, wobei „in Einzelfällen auch mit Tötungsdelikten zu rechnen ist“. Die Messerattacke auf Reker belege diese Einschätzung „auf dramatische Weise“.

Doch die Zahlen der Polizei bilden nur einen Bruchteil des Hasses ab, der sich gegen Politiker richtet. Eine Zeitschrift des Städte- und Gemeindebundes befragte gerade 1000 Bürgermeister. Knapp die Hälfte berichtete von Beleidigungen, weil die Kommune Flüchtlinge aufgenommen habe. Dazu gehören böse Briefe und Drohmails, aber auch tote Ratten vor der Haustür. Auch Gewalt gegen Mitarbeiter der Verwaltung ist keine Seltenheit mehr.

Die Wurzeln für diese Eruption von Gewalt wurden dabei von Politikern selbst gepflanzt. Es sind meist völkisch gesinnte Demagogen, die in ihren Interviews und Reden den Bürgern erst die Rechtfertigung zur Anwendung von Gewalt verschaffen.

Es sind Männer wie der britische Rechtsausleger Nigel Farage, der erklärte, es sei legitim, wenn Bürger den Eindruck hätten, „dass Gewalt der nächste Schritt sei“. Wenn AfD-Spitzenleute wie Björn Höcke oder Alexander Gauland dem Volk einbläuen, dass es nun darum gehe, Deutschland „vor seinen Feinden“ oder gar „vor dem Untergang“ zu verteidigen, muss man sich nicht wundern, wenn sich deut-

sche Bürger ermutigt fühlen, zur Tat zu schreiten.

„Rhetorik hat Konsequenzen“, sagte der britische Labour-Abgeordnete Stephen Kinnock, der ein Büro mit Jo Cox teilte, während seiner Trauerrede im Parlament von Westminster.

Zu den Konsequenzen in Deutschland gehört inzwischen, dass ein prominenter Spitzenpolitiker permanent Angst um seine Kinder hat. Ihm wurde angekündigt, dass er sich deren Verbrennung bald auf Video anschauen könne. Wie viele der Politiker, mit denen der SPIEGEL für diese Recherche sprach, wollte er seinen Namen nicht nennen — aus Angst, potenzielle Gewalttäter noch stärker auf sich aufmerksam zu machen.

Im Vergleich zu Morddrohungen gegen Kinder wirkt der Hinweis, den Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) erhielt, beinahe harmlos. Seine Joggingstrecke werde von Leuten aus dem gewaltbereiten Milieu ausgespäht, hieß es. Jäger verlegte daraufhin seinen Frühsport auf den Weg zur Arbeit: So genießt er nämlich Personenschutz.

Die neue Angst verändert nicht nur Joggingzeiten, nicht nur den Alltag von Mandatsträgern. Die neue Kultur des Hasses hat längst Auswirkungen auf den politischen Diskurs im Land. Wenn es so weitergeht, verändert sie auch das Wesen der liberalen Demokratie.

Schon jetzt hat die Strategie der Einschüchterung konkrete Folgen. Seit Beginn der Flüchtlingskrise habe sich etwa die „Bedrohungssituation der Bundeskanzlerin“ deutlich verschärft, verrät ein Sicherheitsexperte des Innenministeriums. Als Beleg dienen den Sicherheitsleuten Hassmails, konkrete Drohungen wie öffentlich zur Schau getragene Galgen mit einer er-

hängten Merkel-Puppe oder Straßentransparente, auf denen sie als „Volksverräterin“ beschimpft wird.

Auch Angela Merkel verhält sich nicht mehr so wie früher. Da gab es für die Kanzlerin bei Wahlkampfveranstaltungen selten Absperrgitter, die sind inzwischen Pflicht. Heute tritt Merkel im Wahlkampf möglichst nur noch in Hallen auf, sie verzichtet, wo es geht, auf Open-Air-Veranstaltungen. Fast täglich gibt es neue Schauergeschichten aus dem Alltag deutscher Politiker und Funktionsträger. Es scheint dabei egal zu sein, ob sie am Berliner Kabinettsitz sitzend, in der sächsischen Kommunalpolitik oder in der Stadtverwaltung Düsseldorf.

Michael Richter wurde 2009 für die Partei Die Linke in den Stadtrat von Freital gewählt, 40 000 Einwohner, im Schatten Dresdens gelegen. Richter ist zudem Mitglied der „Initiative für Weltoffenheit und Toleranz“ in Freital und Umgebung — er ist pro Flüchtlinge. So wurde er zur Zielscheibe der Fremdenfeinde.

Im vergangenen Jahr schlugen Unbekannte nachts die Seitenscheibe seines grünen VW Golf ein und ließen im Inneren einen Sprengsatz der Marke „Super Cobra 12“ detonieren. Kurz darauf flog die Briefkastenanlage seiner Stellvertreterin in die Luft, zerstört durch „Super Cobra 6“. Dann knallte es im örtlichen Büro der Linken, die Scheiben gingen zu Bruch. Zehn Tage später klebten zwei Zettel an der notdürftig mit Sperrholz gesicherten Fensteröffnung. Auf einem stand: „Im Osten ist es Tradition, da knallt es vor Silvester schon.“ Auf dem anderen: „To Do List ...“ Dann kamen vier Namen, darunter der von Richter und seiner Stellvertreterin. Beide Namen waren mit einem Haken versehen. Die Spur der Täter führte ins Um-



Grünen-Politikerin Roth mit Flüchtlingskindern im Nordirak: Anrufe in der Nacht

feld der rechtsextremen Terrorgruppe Freital.

Richter sagt, dass er inzwischen nicht mehr derselbe sei, dass die Gewalt ihn und seinen Alltag verändert habe. „Ich lasse keine Routine mehr aufkommen, nehme unterschiedliche Wege und verlasse zu unterschiedlichen Zeiten das Haus.“ Vergangenen Freitag hingen an Richters Haustür wieder Zettel. „Richter, wir wissen, wo Du wohnst“, stand auf dem einen. Auf dem anderen: „Richter, wir kriegen Dich“.

Immer mehr Bürger sehen in ihren Volksvertretern vor allem Verbrecher. Dass zu ihren Biografien meist viele Jahre Engagement für das Gemeinwohl gehören, dass sie Tausende Stunden unbezahlt bei Diskussionsrunden, Gremiensitzungen oder Demonstrationen verbrachten, bei Veranstaltungen also, die den Wesenskern einer lebendigen Demokratie ausmachen, scheint egal zu sein. Die Parteien konnten sich zuletzt ohnehin nicht über allzu großes Interesse an Mitarbeit freuen. Wenn es nun aber nicht nur uncool, sondern gar gefährlich ist, sich für das Gemeinwohl zu engagieren, verliert die Parteidemokratie endgültig ihren Nachwuchs.

Das Landeskriminalamt Sachsen führt eine Statistik, in der Angriffe auf Wahlkreisbüros von Mitgliedern des sächsischen Landtags erfasst werden. 2013 gab es 20 solcher Übergriffe. 2014 waren es 28 Vorfälle, im vergangenen Jahr 43. Neben den Büros der Linken werden inzwischen die Räume der AfD am häufigsten attackiert. Die radikale Linke schlägt zurück — und trägt so zur Eskalation der Gewalt bei. Es ist ein Gewöhnungsprozess im Gang, an dessen Ende der Einsatz von Gewalt als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung stehen könnte.

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2016 verzeichnete das LKA Sachsen bereits 37 politische Angriffe. Im Rest der Republik mag es zwar etwas weniger gewalttätig zugehen, aber die Tendenz ist auch im Westen eindeutig.

Der Shitstorm gegen die Düsseldorfer Flüchtlingsbeauftragte Miriam Koch begann, als sie ehrenamtliche Helfer suchte. Zuvor war eine Messehalle abgebrannt, die Flüchtlingen als Unterkunft diente. Koch rief über ihre Facebook-Seite zu Hilfe bei der Essensverteilung in der neuen Unterkunft auf. Die rechte Internetseite „Politically Incorrect“ veröffentlichte Kochs Mailadresse und verlinkte unter dem Titel „Deppen zum Schleppen gesucht“ auf ihre Seite.

Der Mob nannte Koch „Asylanten Hure“ und Ähnliches, mal war es rassistisch, mal sexistisch, meist beides. „Es wurde auch thematisiert, was ich vermeintlich tun müsste, damit meine Schützlinge mich bespringen oder befummeln“, sagt Koch.



Gedenkort für Politikerin Cox in London
„Rhetorik hat Konsequenzen“

Sie ist seit 2004 im politischen Betrieb und hat „so etwas noch nicht erlebt“.

Die Sicherheitsbehörden verfolgen die Brutalisierung in den sozialen Netzwerken seit Monaten mit größter Sorge. „Was wir sehen, ist ein hemmungsloser, massenhafter Ausdruck von Hass“, sagt ein hochrangiger Beamter. „Jegliche Form von Hemmschwelle“ sei außer Kraft gesetzt.

Seit Monaten warnen Strafverfolger und Geheimdienste intern vor neuen rechtsterroristischen Strukturen — die nicht nur Flüchtlinge, sondern auch Politiker ins Visier nehmen könnten. Problematisch für die Sicherheitsbehörden ist, dass mögliche Täter nicht aus bekannten Strukturen zu kommen scheinen. „Niemand sollte glauben, dass radikale Einzeltäter eine Erfindung der Islamisten sind“, sagt ein hoher Beamter. „Kleine Anschlagstrupps, die wir kaum erkennen können, können Linke, Rechte und Islamisten leicht organisieren.“ Wie sehr der Anstieg von Hass und Gewalt die Sicherheitsbehörden inzwischen überfordert, mussten neulich jene elf türkischstämmigen Abgeordneten erleben, die wegen der Armenien-Resolution des Bundestags bedroht wurden.

Die Beamten benötigten mehrere Tage, um das Ausmaß des Hasses zu begreifen. Ihre Einschätzung änderte sich erst nach einem denkwürdigen Treffen der Abgeordneten mit Vertretern des BKA und der Berliner Polizei am Freitag vor zwei Wochen in Raum 1554 des Jakob-Kaiser-Hauses. Zunächst versuchte man zu beschwichtigen: Es habe es schon andere Länder gegeben, die den Völkermord an den Armeniern als solchen benannt hätten, ohne dass Politikern dort etwas passiert sei. Doch dann trugen die Parlamentarier vor, wie massiv die Bedrohungen gegen

sie seien: Beschimpfungen im Netz, auf der Straße, im Taxi. Morddrohungen. Manche erzählten, dass sie sich nicht mehr in ihr Wahlkreisbüro trauten. Andere gehen nicht mehr mit ihren Kindern in die Stamm-Eisdiele, aus Angst, dass sich der Hass auch gegen ihre Familie richtet.

Inzwischen schicken die Abgeordneten ihre Terminkalender an die 500 Mitarbeiter starke Sicherungsgruppe des BKA, die für den Schutz der Verfassungsorgane in Deutschland zuständig ist. Je nach Anlass werden die Politiker von Personenschützern begleitet, zum Teil müssen nun auch ihre Privatwohnungen geschützt werden.

„Wir brauchten dringend hundert zusätzliche Personenschützer“, sagt ein hochrangiger Sicherheitsmann in Berlin — allein für den Schutz von Bundespolitikern. Das Grundgesetz mag das freie Mandat der Abgeordneten garantieren — aber wie frei kann jemand sein, der Angst hat?

Dass Hass und Gewalt den politischen Diskurs zum Verstummen bringen, das demokratische Prinzip des Austauschs, von Rede und Gegenrede, ließ sich am 1. Mai auf dem Marktplatz von Zwickau beobachten. Als Redner war Justizminister Heiko Maas angereist, eine der größten Hassfiguren der neuen Rechten.

Maas war der Erste, der die Pegida-Märsche als „Schande für Deutschland“ bezeichnete und die Tiraden von AfD-Mann Björn Höcke gegen Flüchtlinge als „widerlich“. Als Maas nach Zwickau reiste, wusste er, dass seine Gegner dort sein würden. „Lasst uns das Maas-Männchen aus der Stadt jagen!“, hatten rechte Gruppen im Netz geschrieben. Die Polizei hatte Maas von der Kundgebung abgeraten, doch er kam trotzdem. Videos, per Handy gefilmt, dokumentieren auf YouTube, wie der SPD Mann mit zusammengekniffenen Lippen auf der Bühne steht, wie er sich bemüht, den Chor der gellenden Pfiffe und Schreie („Volksverräter! Hau ab!“) zu übertönen: „Je länger ihr schreit, je länger bleibe ich hier stehen!“

Doch irgendwann hielt Maas dem Hass nicht mehr stand. Er beendete seine Rede. Im Anschluss war ein Meet and Greet mit den Zwickauern geplant, ein Austausch mit den Bürgern, aber dazu kam es nicht mehr. Maas floh, eskortiert von BKA-Beschützern, zu seiner Dienstlimousine. Er lief nicht, diesen Gefallen wollte er seinen Gegnern nicht tun, aber er wirkte gehetzt. Zum Abschied traten einige Bürger gegen sein Auto. Im Netz werden die Videos von Maas' „Flucht“ gefeiert: „Bravo Zwickau!“, „Weg mit der verrotteten, korrupten, fettgefressenen Politikerriege!“

Gefeiert wurde die Flucht aus Zwickau auch auf dem AfD-Parteitag in Stuttgart. Ein Mitglied trat spontan an ein Saalmikro. Es gebe sehr gute Nachrichten aus Sachsen: „Justizminister Heiko Maas wurde soeben

von mutigen sächsischen Bürgern aus Zwickau vertrieben." Ohrenbetäubender Jubel brach aus. Kein AfD-Führungsmitglied griff ein oder rief zur Mäßigung.

Zwar würde der Vorstand der Rechtspopulisten selbst nie direkt zur Gewalt aufrufen. Doch klare Urteile gegen Hetze, Aggressivität und Attacken wie in Zwickau bleiben aus. „Wissen Sie, was wir an Steckbriefen von Linksextremisten erleben, die unbescholtene Mitglieder verfolgen?“, antwortet MD-Chefin Frauke Petry routinemäßig, wenn sie nach Gewaltaufrufen ihrer Klientel gefragt wird.

Es gehört zum Gründungsmythos der AfD, dass nur die eigenen Leute Opfer sind. Wurden nicht Farbbeutel und Molotowcocktails auf Parteibüros geworfen? Wurden nicht auf linksradikalen Seiten Namen und Daten Tausender MD-Mitglieder veröffentlicht, in Hamburg sogar auf Laternenpfählen die Namen von Familienmitgliedern einer AfD-Politikerin?

Die Spitzen der Partei wollen den Zorn über die linken Täter keineswegs dämpfen, sie wollen ihn in die richtigen Bahnen lenken, sprich: instrumentalisieren. Kürzlich richtete die AfD eine Datenbank für die Erfassung von Angriffen auf die eigenen Mitglieder ein. Ihr Name: „Zentrale Erfas-

sungsstelle Salzgitter“. Es ist eine Anlehnung an die „Zentrale Beweismittel- und Dokumentationsstelle“ in Salzgitter, die das DDR-Unrecht dokumentiert hat.

Mehr oder weniger subtil setzt die Partei so die Botschaft, dass Deutschland ein Unrechtsstaat sei, dessen Volk sich daher auch mit eigentlich verbotenen Mitteln zur Wehr setzen dürfe. Auch sonst trägt die MD gezielt zur Verrohung des politischen Diskurses bei. Zum Beispiel, wenn Björn Höcke auf Marktplätzen fordert, Angela Merkel müsse „in einer Zwangsjacke aus dem Kanzleramt abgeführt werden“. Parteivize Alexander Gauland wirbt derzeit dafür, „Widerstand“ zu leisten, die „Kanzler-Diktatorin“ zu stürzen.

Erich Pipa hat der Hass nun in die Knie gezwungen, er mag nicht mehr. Pipa, Landrat im hessischen Main-Kinzig-Kreis, erhielt im Sommer vergangenen Jahres die ersten Morddrohungen. Der SPD-Politiker hatte im Juli ein Bauprojekt vorgestellt, die Erweiterung eines Flüchtlingswohnheims. Dabei hatte er den Satz gesagt: „Das Boot ist nicht voll.“ Kurz darauf ging es los: „Kanaken-Landrat verpiss Dich“, begann ein anonymes Brief. Das Boot sei „übervoll“, „der Blitz“

solle Pipa treffen: „Wir wissen fast alles über Dich. Du Ratte. Fühle dich nur nicht zu sicher!“ Als Absender zeichnete eine „Initiative Heimatschutz Kinzigtal“.

„Im Schnitt kommt alle zwei Wochen so ein Brief“, sagt er. Vor der Kommunalwahl im März wurde ein Pipa-Großplakat mit Farbe beschmiert und durchgestrichen. „Volksverräter“, habe jemand auf das Plakat geschrieben, erzählt Pipa, dazu die Neonazi-Parole „Deutschland erwache!“ Vor eineinhalb Wochen saß Pipa mit Polizeibeamten vom Staatsschutz zusammen und fragte, warum es bis heute nicht gelungen sei, einen Täter zu fassen. Die Beamten zuckten mit den Schultern. „Das war für mich das i-Tüpfelchen.“

Nach dem Gespräch entschied Pipa, bei der Landratswahl im kommenden Jahr nicht mehr anzutreten. „Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass ich das mir und meiner Familie nicht zumuten kann“, sagt er. „Ich mach den Zirkus nicht mehr mit.“ Wenn Männer wie Pipa gehen, geht auch ein Stück von der Demokratie, wie wir sie kannten.

Melanie Amann, Matthias Bartsch,
Markus Feldenkirchen, Horand Knaup,
Fidelius Schmid, Britta Stuff, Wolf
Wiedmann-Schmidt, Steffen Winter

